INFORMATIONEN – NACHRICHTEN – MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

G 6811
ISSN 0937-5333
Nr. 122 · März 2015

Bezirksgruppe Südhessen in der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN
NACHRICHTEN
MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

Polizei im Spannungsfeld?!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

spätestens seit den wahnsinnigen Terroranschlägen in Frankreich und den Vorkommnissen in Belgien können auch wir nicht mehr in absoluter Sicherheit leben.

Mehr noch, es besteht die dringende Besorgnis, dass auch bei uns mögliche Anschlagsziele bereits identifiziert sind. Dies gefährdet nicht nur die freiheitsliebenden Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, sondern auch uns Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im täglichen Dienst.

Politisches Wirrwarr oder konstruktive Maßnahmen?

Hektisches Treiben herrscht in der großen Koalition in Berlin. Einige Koalitionäre überbieten sich in unsäglichen Aussagen, quer über die Parteigrenzen hinweg.
Am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung wird dies sehr deutlich.

Es schleicht sich bei vielen von uns (insbesondere bei den Polizeibeschäftigten) das Gefühl ein, als müssten schnell Konzeptionen auf den Tisch, wie man der akuten Terrorgefahr sprichwörtlich „Herr werden kann".

Zum Verständnis:

In Frankreich ist die Vorratsdatenspeicherung erlaubt und dennoch hab es die Anschläge in Paris. Die Vorratsdatenspeicherung ist eben kein allumfassendes, probates Mittel, um Terroranschläge gänzlich verhindern zu können, aber dennoch äußerst nützlich!

Erklärungen, wie die des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann:

„...die Polizei müsse die aus den Kriegsgebieten heimgekehrten fanatisierten Islamisten nur ordentlich überwachen, dann werde hierzulande schon nichts passieren..."

sind deshalb an Zynismus kaum zu überbieten.

Selbiges gilt auch für die Äußerung von Bundesjustizminister Heiko Maas, dem zur Forderung nach der Vorratsdatenspeicherung vor laufenden Kameras nur der Satz einfiel:

„Was soll das?"

Einhergehend mit dem zynischen Hinweis, dass auch in Frankreich die dort praktizierte Vorratsdatenspeicherung den Opfern nicht geholfen hat.

Wie können wir uns wirksam vor der Terrorgefahr schützen?

Die Talkshows laden die Bevölkerung dazu ein, sich an der „kollektiven Angstmache" zu beteiligen. Wenn dann Forderungen artikuliert werden, die im Kern der Polizei und ihrer Aufgabenbewältigung förderlich sind, winken die meisten Bundesländer ab und verweisen auf

Inhalt

Vorwort	3
GdP demonstriert lautstark	6
Wir haben genug Opfer gebracht	10
Neujahrsempfang mit Minister Beuth	11
Beihilfe	12
Kommentar	13
Aus dem Tarifbereich	14
JHV Kreisgruppe Darmstadt	15
Stellungnahme der DFeuG	17
Feuerwehr stärkt den Rücken	18
Junge Gruppe	19
Leserbrief eines Pensionärs	20
Versorgungsausgleich	21
Pensionäre	23
Tarifbeschäftigte der Polizei	25
Leserbrief	26
Rufmordkampagne	26

die verfassungsrechtlich manifestierten Schuldenbremsen. Nordrhein-Westfalens Innenminister Jäger gibt Anfang des Jahres in einer Pressemitteilung bekannt:
„...Nordrhein-Westfalen verstärkt Polizei und Verfassungsschutz. Dies ermöglicht eine noch effektivere Bekämpfung der Gefahr durch islamistische Terroristen. Bis 2017 werden deshalb insgesamt 385 zusätzliche Beamte eingestellt..."

Jäger weiter:
„Die Anschläge in Paris zeigen, es gibt eine neue Qualität der Bedrohung. Deswegen verstärken wir die Sicherheitsbehörden entscheidend... So wird der polizeiliche Staatsschutz mit qualifizierten Polizistinnen und Polizisten ab sofort erweitert. Diese strukturelle Neuausrichtung wird durch jährlich 120 zusätzliche Einstellungen von Polizeianwärtern ausgeglichen. Im Einzelnen sieht das Konzept Folgendes vor: Landesweit werden 110 zusätzliche Beamte in den Dienststellen des polizeilichen Staatsschutzes ermitteln. Weitere 150 Spezialisten sind für den Ausbau von Fahndung und Observation vorgesehen. Zum Schutz besonders gefährdeter Personen und Objekte werden 100 Polizisten zusätzlich eingesetzt. Wir stärken ganz bewusst den polizeilichen Staatsschutz. Hier ist das Spezialwissen der Polizei gebündelt. Und das ist entscheidend für wirksame Ermittlungen gegen salafistische Extremisten und islamistische Terroristen".

Hessen vorn?

Nach der Beschlussfassung über den Landeshaushalt in Hessen Anfang Februar sind nicht nur die Polizeibeschäftigten enttäuscht. Die GdP kritisiert zu Recht, dass die Landesregierung auf dem Rücken aller Landesbediensteten rigoros spart. Ein mehr an Personal für den Polizeivollzug wird es zudem nicht geben! Da nutzt es wenig, wenn der Polizeivollzug nicht dezimiert wird und keine Stellen gestrichen werden!

Mit Blick auf der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Rückkehr zur 41 Stunden Woche im Jahr 2017 ist die Einstellung von zusätzlichen 140 Polizeianwärtern in diesem Jahr geplant. Damit sollen dann nach Ausbildungsende in gut drei Jahren die personellen Lücken geschlossen werden, die rechnerisch im Schichtdienst durch die Reduzierung der Wochenarbeitszeit entstehen.

Es bleibt unstreitig bei unserer gewerkschaftlichen Forderung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Schicht- und Wechselschichtdienst nicht anders behandelt werden dürfen, als es die tarifvertragliche Regelung für die Beschäftigten der Wachpolizei vorsieht, also eine 38,5 Stunden-Woche!

Tarifbeschäftigte in der Polizei

Der Abbau von 147,5 Tarif- und Verwaltungsbeamtenstellen bei der Polizei bis 2019 tut weh. Nicht nur, dass die Arbeit von den verbleidenden Beschäftigten übernommen werden muss, auch die Tatsache, dass wieder einmal die Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten in der Polizei dezimiert werden, schwächt die Polizei.

Bereits bei der Operation Sichere Zukunft wurden 608 Tarifstellen bei der Polizei ersatzlos gestrichen. Wie sieht die Situation unserer Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst und insbesondere bei der Polizei aus? Kaum Perspektiven, kaum Weiterbildungsmöglichkeiten, kaum Höhergruppierungen und wahrlich keine üppigen Sonderzahlungen!

Und im März beginnen wieder Tarifverhandlungen. Was dann? Der hessische Alleingang, eigene Tarifverhandlungen zu führen, während der gesamte Rest der Republik gemeinsam verhandelt, ist befremdend.

Werden auch noch die Beamten und Versorgungsempfänger von der Einkommensentwicklung ausgespart, ist der Protest der Beamten nur mehr als verständlich. Auch Beamte haben Familien und Kinder! Wir möchten doch nur an der Einkommensentwicklung (Tarifabschluss) beteiligt werden. Da nutzt keine gesetzlich verordnete einprozentige Festschreibung der Besoldungserhöhung, wenn die Inflationsrate jenseits dieser Marke liegt. Die gewerkschaftliche Forderung, sowie die Jahrzehnte Bestand habende Praxis, die Beamtenbesoldung folgt dem Tarifrecht, bleibt unumstößlich.

Tarifforderungen der GdP im Einzelnen:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro monatlich.
- Verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende und Erhöhung des Ur laubsanspruchs für Auszubildende auf 30 Tage.
- Keine sachgrundlosen Befristungen.
- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamten/-innen und die Versorgungsempfänger.
- Jeder Eingriff in die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung (Zusatzversorgung VBL) wird abgelehnt.
- Nach Abschluss der Entgeltrunde ist das Eingruppierungsrecht anforde rungsgerecht weiterzuentwickeln.

Dass die hessischen Steuerquellen unvermindert weiter sprudeln geht fast unter. Finanzminister Schäfer verkündet, dass im Jahr 2014 Steuermehreinnahmen von 464 Millionen Euro erzielt wurden. Bei der letzten Steuerschätzung im November wurde noch von 350 Millionen Euro ausgegangen. Natürlich werden sinkende Steuereinnahmen für 2015 behauptet und das Schreckgespenst der Schuldenbremse geht weiter um.

Komplexe Einsatzlagen fordern dauerhaft die Polizei

Nicht nur die eingangs beschriebene Terrorgefahr, auch die wöchentlichen ständig wiederkehrenden Einsatzlagen fordern die Polizeibeschäftigten. PEGIDA- und NOPEGIDA-Demonstrationen, der Start der Fußball-Bundesliga sind wieder gelebte Wochenendbeschäftigungen für die Polizeibeschäftigten. Hinzu kommen dann bundesweite Großlagen, wie der G7 Gipfel im bayerischen Elmau, die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main mit allen Blockupy-Aktionen und andere Demonstrationsanlässe.

Die zu konstatierenden Kräftedispositionen für die Polizei werfen bereits ihre Schatten voraus!

Ein Blick nach Sachsen, wo in Leipzig der polizeiliche Notstand ausgerufen wurde, spricht Bände und zeigt, dass es so nicht weiter geht.

Wenn 30 Hundertschaften benötigt werden und 8 stehen zur Verfügung, dann hat die Politik versagt!

Bleibt zu hoffen, dass diese Lagen neben den zu erwartenden Belastungen wenigstens nicht von gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Polizei geprägt si nd. ■

Eure Redaktion

IM AUFTRAG VON ÜBER 18.000 BESCHÄFTIGTEN

GDP DEMONSTRIERT LAUTSTARK VOR DER STAATSKANZLEI

TATÜ TATA – NiX mehr da!

Kurz zusammengefasst kann gesagt werden, dass sich immer mehr Polizeibeschäftigte durch mehr Arbeit, weniger Personal und weniger Geld unter Druck gesetzt fühlen. Hinzu kommt, dass sie immer mehr Gefahren ausgesetzt sind. Dass dieser Druck auch öffentlich gemacht werden konnte, zeigte sich bei der großen Demonstration der hessischen Beamtinnen und Beamten Mitte Dezember vor der Staatskanzlei in Wiesbaden. Das war eine Initiative der Gewerkschaft der Polizei. Da standen aber nicht nur Polizeibeamt/innen der GdP, sondern auch Angehörige der Gewerkschaften Ver.di, GEW und der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft. Rund 2000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes reisten nach Wiesbaden. Beeindruckend war die große Zahl der Beschäftigten von Berufsfeuerwehren in ihren schwarzen Uniformen mit gelben Streifen. Sie erzeugten durch das Brüllen von Kettensägen und Feuersirenen erhebliche Geräusche. Die Demonstranten der Gewerkschaft der Polizei fielen auf durch ihre grünen GdP-Fahnen, Trillerpfeifen, Ratschen, Buh-Rufe und das Tatütata von Martinshörnern.

Sandra Temmen mit Landtagsabgeordneten der SPD. NW

LANDTAGSABGEORDNETE

Auch Delegationen der SPD und der Linken aus dem Landtag hatten sich unter die Demonstranten gemischt. Abgeordnete der Regierungskoalition der Grünen und der CDU, gegen deren Streichkonzert sich die Demonstration vor allem richtete, konnten nicht gesichtet werden. Der SPD-Abgeordnete Norbert Schmitt hatte die Grünen an anderer Stelle als „in der Koalition vergilbt" bezeichnet. Als sie noch in der Opposition waren, hatte die GdP den Eindruck, dass die Grünen Hoffnungsträger für die Polizei sind.

SÜDHESSEN MIT 250 DEMONSTRANTEN IN WIESBADEN

Die südhessische GdP hatte fünf Busse gechartert und war mit 250 Kolleg/innen aus den fünf Kreisgruppen nach Wiesbaden gefahren. Daran zeigte sich, dass die Beschäftigten unzufrieden sind mit ihren Arbeitsbedingungen. Für Verpflegung war sowohl in den Bussen als auch vor Ort gesorgt. Insgesamt waren die Südhessen rund sechs Stunden unterwegs.

BEABSICHTIGTE SPARMASSNAHMEN DER KOALITION CDU/GRÜNE

Der GdP-Landesvorsitzende Andreas Grün zählte auf, worum es den Beschäftigten bei der Polizei gehe. 147,5 Stellen im Bereich der Angestellten sollen gestrichen werden. Die Arbeit müsse dann von den Beamt/innen erledigt werden. Für 2015 sei eine Besoldungsnullrunde vereinbart und dann bis 2019 jährlich nur 1 % Gehaltserhöhung. „Mit einer Nullrunde

Demonstranten aus Südhessen, v.l., Ewald Folz, Thomas Bauer, Hartmut Würz, Tim Türke. NW

wird uns der letzte Rest der Wertschätzung unserer Arbeit geraubt", klagte Andreas Grün. Damit wurde deutlich, dass die Polizei nichts hat von den Sonntagsreden vieler Politiker, die dann immer lobend die

Arbeit der Polizei hervor hervorheben, in der Realität aber nichts tun, am Personal sparen.

20 Millionen Euro wollten die Politiker bei der Beihilfe sparen. Die dadurch für die Beamt/innen entstehenden Mehrkosten belasteten deren Geldbeutel nicht unerheblich.

BENACHTEILIGUNGEN AUS VERGANGENEN JAHREN

Beklagt wurde von dem GdP-Vorsitzenden die mit bis zu 42 Stunden verlängerte Wochenarbeitszeit der Polizei. Das sei die längste Wochenarbeitszeit der Polizei. Dennoch nehme die Zahl der Überstunden immer weiter zu.

ZU DEN NEGATIVA VERGANGENER JAHRE GEHÖREN AUCH

- die Streichung des Urlaubsgeldes, die Absenkung des Weihnachtsgeldes
- der Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei

Antonio Pedron am Rednerpult der GdP. NW

- das Einfrieren der Zulagen (DUZ/WSD) auf das Niveau von 2004
- fehlende Haushaltsmittel für einen finanziellen Ausgleich zur Mehrarbeitsvergütung
- Reduzierte Übernahmen von Tarifabschlüssen für den Beamtenbereich
- die Verlängerung der Lebensarbeitszeit
- der Abbau von landesweit 960 Stellen (360 im Vollzug und 600 im Tarifbereich) im Rahmen der „Operation Sichere Zukunft" (PVS).

Da darf man sich nicht wundern, wenn die GdP sagt: „Es reicht – wir wehren uns"!

Der südhessische Bezirksgruppenvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende Antonio Pedron prangerte in seiner kämpferischen Rede all diese Benachteiligungen an. Er gab auch der Presse einige Interviews zu diesen Themen.

Demonstriert wurde zeitgleich im Dezember auch in Kassel. Damit hat die GdP einmal mehr gezeigt: Das Stärkste, das die Schwachen haben, ist ihre Gewerkschaft! ■

nw

TATÜ TATA – NiX mehr da!

Südhessen machen die Demo-Fahnen fertig. NW

Demonstranten von der Bergstraße, Hintergrund Partei Die Linke. NW

Der GdP-Landesvorsitzende Andreas Grün war ein beliebter Interview-Partner. NW

WIR HABEN GENUG OPFER GEBRACHT

GDP SÜDHESSEN ÜBERRASCHT BEIM CDU-JAHRESEMPFANG IN ALSBACH

Vier verschiedene Flugblätter hatte die GdP Südhessen bei einer Veranstaltung der CDU im Bürgerhaus Alsbach an der Bergstraße verteilt. Dieser Ort war gewählt worden, weil der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer Referent des Abends war. Der ließ sich fotografieren und bei einem kurzen Gespräch mit den GdP-Vertretern auch einige Flugblätter geben.

Ansonsten diskutierten Anke May, Mike Majewski, Tim Türke, Christian Richter und Norbert Weinbach mit Menschen, die diese Veranstaltung besuchten. Auf den verteilten Flugblättern wurde in großgeschriebenen Buchstaben deutlich gemacht: Wir haben genug Opfer erbracht // Schluss mit den Sparmaßnahmen bei der Polizei.

Bild mit Finanzminister Dr. Thomas Schäfer, Mitte, v.l., Anke May, Christian Richter, Tim Türke, Mike Majewski. NW

Frank Richter, v.l., und Tim Türke im Gespräch mit Besuchern der CDU-Veranstaltung. NW

ES LIEGEN IM STERBEN:

- Der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung durch Kürzungen von 20 Mio € bei der Beihilfe
- Die Anpassung der Gehälter an die allgemeine Lohnentwicklung durch eine Nullrunde und ein Lohndiktat
- 147,5 Angestelltenstellen bei der Polizei durch Stellenabbau.

  Dazu kam noch ein Hinweis.

WIR GEDENKEN UNSERER (SONDER) OPFER DER JAHRE 1998-2014.

Es gingen von uns:

- Weihnachtsgeld anteilig
- Urlaubsgeld
- Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- 38,5 Stunden Woche
- Pensionsalter 60 Jahre
- 75% des letzten Endgrundgehalts als Pension
- Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder
- Bewegungsgeld für Kriminalbeamte
- Stellenstreichungen der „Operation sichere Zukunft"
- Witwenrente 60%

Wir werden euch ein bleibendes Andenken bewahren.

In dem Flugblatt „Wir brauchen Hilfe" der Hessen-GdP steht auch. „Sehr geehrte Damen und Herren, seit über einem Jahrzehnt werden die hessischen Beamten zur Kasse gebeten. Die GdP Hessen wird diese Kürzungen nicht hinnehmen. In Zeiten von Terror in Europa ist eine gut bezahlte Polizei in Hessen unverzichtbar. Bitte lassen Sie nicht zu, dass unsere Kolleginnen und Kollegen weitere harte Einschnitte bei dem Arbeitgeberanteil am Krankengeld (Beihilfe) und dem geplanten Lohndiktat drohen. Wir bitten Sie um Hilfe, diese Themen in Ihrer Partei zu diskutieren. Vielen Dank!

Erstaunlich war, dass die fast alle Menschen, mit denen diskutiert wurde, Verständnis zeigten für die Polizei und deren Anliegen. Kommentare wie „Jawohl, da haben sie recht" oder „Ich lese in der Zeitung, welche Probleme die Polizei hat", „Ich kenn des" oder auch nur „Stimmt", waren ständig zu hören. Einige Besucher ließen sich sogar auf eine etwas längere Diskussion ein, immer mit einem positiven Tenor. Der Unterschied zwischen Sonntagsreden der Politiker und dem, was sie wirklich machen, war den Diskutanten bekannt. Sie waren durchwegs der Ansicht, dass es mehr Polizist/innen geben müsse und dass man sie besser bezahlen sollte.

Zur Sprache kam oft auch der Terror durch fanatische Islamisten, Anhänger des Dschihad und Fans der IS-Terroristen in Deutschland. Um den Terror zu bekämpfen, brauche man mehr Polizei.

Auf einem farbigen Flugblatt der GdP, das auch verteilt wurde, steht unter anderem: „Wir erwarten nicht viel – außer ein wenig Fürsorge"!

Jetzt müssen wir abwarten, was die Demonstrationen in Wiesbaden und Kassel und die landesweiten Informationsaktionen tatsächlich bringen.

„Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube". ■

Norbert Weinbach

NEUJAHRSEMPFANG MIT INNENMINISTER BEUTH

Am Mittwoch, den 14.01.2015 um 19:00 Uhr fand der Neujahrsempfang der CDU Wiesbaden in der Klosterschänke der Gaststätte Paulaner in Wiesbaden statt.

Hier nahm auch der hessische Innenminister Peter Beuth teil.

Obwohl nicht eingeladen, ließen es sich einige GdP-ler nicht nehmen, die Teilnehmer der Veranstaltung zu begrüßen und mit Flugblättern auf die beschämende Situation der hessischen Pollizeibeschäftigten hinzuweisen.

Viele der Teilnehmer lehnten eine angebotene Diskussion ab. Schade, gerne hätten wir erfahren, wie die Basis über das beschämende Verhalten der Landesregierung zu seinen Beschäftigten denkt.

Professionelleres Vorgehen zeigte Herr Innenminister Beuth mit seinem Erscheinen. In gewohnter Manier ging er auf die Gewerkschafter zu, zeigte seine Verbundenheit und nahm sogar einige Informationsbroschüren mit. Über den Hinweis, dass der Neujahrsempfang in dem Gebäude stattfindet, in welchem die GdP ihre Geschäftsstelle hat, zeigte sich der Innenminister erstaunt.

Zu hoffen bleibt, dass ihm der Neujahrsempfang seiner Parteikollegen die aufkommende Skepsis genommen hat. Abschließend betonte Karl Klute, dass die anwesenden GdP-ler stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen ihren Frust in die Politik tragen werden. Und das im Rahmen der freien und demokratischen Meinungsäußerung ohne als Krawallmacher beschimpft zu werden. ■

Karl Klute

IMS Neff - Hofmann GbR
Industrie Montage Service
Edelstahlverarbeitung
• Metallbau • Blechverarbeitung
• Geländer • Schweißarbeiten (Edelstahl, Alu, Stahl)
Carl-Benz-Straße 13
64711 Erbach
Tel. 0 60 62 / 6 16 37
Fax 0 60 62 / 6 32 72

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für Südhessen mit den Kreisen
Groß-Gerau, Darmstadt, Bergstraße, Odenwald
und D V/S Südhessen

Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün (Landesvorsitzender GdP Hessen)
Verleger:
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud
Büro Frankfurt:
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Andreas Jochum, Stephan Buschhaus
Redaktion/Redaktionsanschrift:
GdP BZG Südhessen
Antonio Pedron (ViSdP), Reinhard Wittke, Günter Blitz, Carsten Pick
Die Bezirksgruppe im Internet:
www.gdp-bzg-suedhessen.de
Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

ABZÜGE BEIM ARBEITGEBERANTEIL (BEIHILFE)

KEIN PROBLEM FÜR UNSERE VOLKSVERTRETER UND BEHÖRDENLEITER?

Mit Erlassdatum vom 19. November 2014 wurden die Behördenleiter aufgefordert, zum Entwurf der 13. Verordnung zur Änderung der Hessischen Beihilfeverordnung Stellung zu nehmen.

Zur Erinnerung; dieser Entwurf sieht im Beihilferecht Änderungen/Kürzungen bei den Wahlleistungen im Krankenhaus vor. Chefarztbehandlungen und die Unterbringung in einem Zweibettzimmer sollen der Vergangenheit angehören.

Wer diese Behandlungen auch zukünftig für sich und seine Familienangehörigen in Anspruch nehmen möchte, muss monatlich tief in Tasche greifen. Für eine vierköpfige Familie kann dies eine Mehrbelastung von ca. 150,- € bedeuten!

Tiefenanalyse und Stellungnahme innerhalb von 12 Tagen bei den Behördenleitern abgefordert

In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und Bündnis 90 sind die Kürzungen vereinbart worden. In den Folgemonaten, nach Regierungsübernahme, wurden die einschneidenden Sparmaßnahmen berechnet und das Ergebnis präsentiert.

Monate hat man hierfür benötigt und fordert dann, offensichtlich in einem Geschwindigkeitsrausch, unsere Behördenleiter auf, zu den beabsichtigten Kürzungen Stellung zu beziehen.

Vielleicht erklärt sich durch die kurze Zeitspanne, dass wir mit einem Teil der Stellungnahmen nicht wirklich zufrieden sein können.

Von Fehlanzeigen über „keinen Änderungsbedarf" bis hin zur offenen Akzeptanz des Entwurfs wird bei einigen Stellungnahmen den Streichungen und Kürzungen nicht widersprochen – dies hätten wir so nicht erwartet.

Stummer oder aktiver Protest nur vereinzelt

Einige Behördenleiter haben schlichtweg auf die Beantwortung des Erlasses verzichtet. Einige wenige beschreiben mit einem klaren Blick die Folgen solcher Änderungen und fordern konkret z.B. eine Anpassung der Beihilfebestimmungen in Fällen erlittener Dienstunfälle. Es wird im Einzelfall auch sehr kritisch beschrieben, dass die geplanten Änderungen in der Beihilfe eine Kürzung des Nettoeinkommens darstellen. Hierin sieht man unter Fürsorgeaspekten eine kritische Auswirkung auch auf die Leistungsmotivation.

Diese Formen stummen Protestes oder klarer Worte sollten gerade mit einem besonderen Blick in unsere Polizei hinein die politisch Verantwortlichen nachdenklich machen.

Keine Sorgen in der Gesundheitsversorgung unserer Volksvertreter

Im Netz sucht man vergeblich nach den exakten Bestimmungen einer Beihilferegelung für unsere Volksvertreter im hessischen Landtag.

Wer sich mit seinen üppigen monatlichen Bezügen für eine private Krankenversicherung entschieden hat, kann sich wahrscheinlich auf eine 100%ige Erstattung bei stationären Aufenthalten - und bei allen anderen Leistungen auf eine 90%ige Kostenübernahme stützen.

Ich kann nur hoffen, dass die an eine Beihilfe gekoppelten Volksvertreter, gemäß der Veröffentlichung des Deutschen Bundestages, ebenfalls von Änderungen des Beihilferechtes betroffen sind.
Hier heißt es:

„Die Abgeordneten die beihilfeberechtigt sind, sind von Änderungen des Beihilferechts betroffen, weil Reformen im Bereich der gesetzlichen Sicherungssysteme inzwischen stets wirkungsgleich auch auf die Beamten übertragen werden. Somit sind die Abgeordneten keinesfalls von Reformen im Gesundheitssystem ausgenommen, sondern sind von diesen betroffen wie andere Versicherte auch".

Natürlich bleibt, vollkommen gleich wie die tatsächlichen Regelungen bei unseren Volksvertretern aussehen, bei dieser „hessischen Beihilfereform" ein fader Beigeschmack.

Für eine vierköpfige Familie sind 150,- € weniger, Monat für Monat, eine unzumutbare Belastung.

Wenn wir eine gute und vor allem angemessene Versorgung im Ernstfall auch weiterhin in Anspruch nehmen wollen, müssen wir zukünftig diese Leistungen zusätzlich kaufen.

Allein die Tatsache, dass politische Entscheidungsträger in der öffentlichen Darstellung in diesem Zusammenhang behaupten, dass auf uns keine finanziellen Mehrbelastungen zukommen zeigt mir, wie gefühlskalt, ja schon beinahe arrogant man auf diesem Weg unterwegs ist.

Die GdP schließt mit diesem Thema definitiv noch nicht ab, aber ich möchte diesen Artikel mit dem Hinweis auf eine Feststellung von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio enden lassen.

„Zu den Elementen des Rechtsstaats zählen unter anderem:

Ein demokratisch kontrollierter, rechtstreuer und praktisch wirksamer öffentlicher Dienst, der in seinem hoheitlichen Kernbereich durch Bedienstete in einem besonderen Treueverhältnis versehen wird (Art. 33 Abs. 2, Abs. 4 und Abs. 5 GG)

Eine Schwächung einzelner Elemente kann man insbesondere diagnostizieren,

- wenn Beamte nicht mehr mit „Hingabe" dem Gemeinwohl dienen (Motivationsdefizit)
- wenn die Achtung und der Respekt vor Amtsträgern in der Bevölkerung zurückgeht und Dienstherren ihre Fürsorgepflicht für öffentliche Bedienstete nicht hinreichend ernst nehmen (Reputationsdefizite)

In Teilbereichen sind allerdings Erosionstendenzen beobachtbar, denen stärker entgegenwirkt werden muss, zumal neue Konfliktpotenziale eher wachsen werden als abnehmen durch z. B. allgemeine Wertordnungs- und Maßstabsverluste."

Diese wenigen Kernaussagen von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fonti anlässlich des GdP-Bundeskongresses führen mich zur der Erkenntnis, dass in Teilbereichen die Erosionen des Staates auch mich persönlich erreichen – ich kann mich auf das gegenseitige Treueverhältnis zu meinem Land nicht mehr verlassen.

In mir breitet sich eine tiefe Enttäuschung aus, Tag für Tag, mehr und mehr!

Lothar Hölzgen

ANDERE ZIEHEN DEN KOPF EIN – WIR HALTEN IHN HIN

EINE BETRACHTUNG VON THOMAS RÜDIGER

Die Überschrift stammt eigentlich nicht von mir, sondern von einem alten Plakat der bayerischen Polizei. Die damalige Imagekampagne hat inzwischen weit mehr als zwanzig Jahre auf dem Buckel.

An Aktualität hat sie aber nichts eingebüßt. Immer noch halten Polizisten ihren Kopf für diejenigen hin, die das nicht können oder wollen. Ein unabdingbarer Teil unseres Berufes. Ebenso wie die Feuerwehr, die auch in brennende Häuser rennt, aus denen alle anderen rausrennen, führt der Dienst den Schutzmann dahin, wo ihm Gefahr droht. Schlimmstenfalls für Leben und Gesundheit.

Dieses berufsimmanente Risiko trugen die Kollegen bisher in der Gewissheit, dass ihr Arbeitgeber sie nicht im Regen stehen lässt, wenn es zu einer Verletzung kommt. Durch die Beihilfe teilen sich das Land und der Bedienstete die Kosten, die im Falle eines Falles anfallen. Für beide Seiten eigentlich eine faire Sache. Der Kollege muss seinen Teil bei einer Krankenkasse absichern und das Land braucht nur zu zahlen, wenn ein Arztbesuch oder ein Krankenhausaufenthalt erforderlich sind.

Davon will die jetzige hessische Landesregierung nun - zumindest teilweise - nichts mehr wissen. Sie „vermietet" zwar immer noch gerne vor allem ihre Bereitschaftspolizei an andere Länder - wie weiland der Landgraf von Hessen-Kassel im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg seine Soldaten an den englischen König - und setzt sie dort immensen Gefahren für Leib und Leben aus (Hamburg, Berlin, Köln usw.), aber ihren Anteil an den daraus erwachsenden Aufwendungen für Arzt und Krankenhaus möchte sie jetzt gerne auch noch in einem höheren Maße als bisher den betroffenen Polizistinnen und Polizisten aufdrücken. Dieses Verhalten ist schofelig. Einmal mehr zeigt sich hier die Gutsherrenmentalität der hessischen Landesregierung. Das passt auch gut zum Gebaren eines Landgrafen.

Es ist ja nun beileibe nicht so, dass die Beihilfe ausschließlich zum Vorteil der Beamten eingeführt wurde. Wie oben bereits erwähnt, kostet ein gesunder Beamter auf diese Weise dem Land Hessen schlicht kein Geld. Dass man jetzt beabsichtigt, die Waagschale in Richtung des Bediensteten zu verschieben, ist nicht nur unfair, es ist auch unredlich und steht im krassen Gegensatz zur vielzitierten Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Gerade und besonders in diesen unruhigen Zeiten, in denen die Gewalt über die Polizei geradezu hereinbricht.

Andere Berufsgruppen würden bei solchen Einschnitten längst auf die Barrikaden gehen. Man mag sich als Urlauber oder Pendler gar nicht vorstellen, was die Pilotenvereinigung Cockpit oder die Gewerkschaft der Lokführer (GdL) veranstalten würden, wenn ihren Kolleginnen und Kollegen ähnliche Einschnitte drohten. Kein Flugzeug würde mehr von Rhein-Main starten und bei der Bahn würde sich kein Rad mehr drehen. Aber streiken ist uns natürlich nicht erlaubt. Auch dies ist, wie die Fürsorgepflicht, ein althergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums. Amerikanische Kollegen sollen in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen plötzlich zu großen Teilen an der „blauen Grippe" erkrankt sein. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Nein, streiken ist für die allermeisten Kollegen keine Option. Schließlich kann man den Bürger, der auf das Funktionieren seiner Polizei vertraut, nicht im Regen stehen lassen. Viel zu sehr sind wir dem Grundsatz verhaftet, immer helfen zu müssen. Wen man aber getrost im Regen stehen lassen sollte, ist die aktuelle Landesregierung. Gerne schmückt sie sich beim Hessentag mit dem Tag der Polizei, mit öffentlichen Vereidigungen und dem Polizeibistro. Schießfeste, Tage der offenen Tür usw. werden gerne als Aushängeschild des Landes genutzt. Am Leben erhalten werden diese Veranstaltungen durch viele freiwillige Helfer aus den Reihen der Polizei. Jeder Kollege sollte daher für sich entscheiden, ob er seine kostbare Freizeit noch in den Dienst seines „Landgrafen" stellen möchte. Der offene Brief des Kollegen Gerland aus Hofgeismar, veröffentlicht im letzten Nordhessen Report, sei hier ausdrücklich erwähnt. Und auch der Offene Brief des Kollegen aus NRW sei erwähnt, der in dem immer wiederkehrenden Spruch „Mehr ist nicht drin!" gipfelte.

Wenn man seitens der Landesregierung der Meinung ist, dass die Beihilfe nicht mehr zeitgemäß ist, sollte man den Beamten die Möglichkeit einräumen, sich - wie jeder andere Arbeitnehmer auch - in der gesetzlichen Krankenkasse zu versichern. Das will man natürlich auch nicht, weil man so jeden Monat auch den Arbeitgeberanteil berappen dürfte.

Gespannt darf man sein, wann wieder mal die Pensionen aufs Schild gehoben werden. Schließlich zahlen Beamte ja auch nicht in die Rentenkasse ein. Dabei wird natürlich gerne übersehen, dass der Beamte sehr wohl in seinen Pensionsfond einzahlt, dies aber nicht auf der Bezügeabrechnung explizit ausgewiesen wird. Auch hier wurde die Regelung wohl nicht geschaffen, weil man den Bediensteten etwas Gutes tun wollte.

Vielmehr spart Hessen auch hier die ansonsten fälligen Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung. Dass das Land die Gelder, die es eigentlich für die Pensionen der Beamten zurücklegen sollte, längst für andere, publikumswirksame Dinge verjuxt hat, steht auf einem anderen Blatt.

Überlegen wir also gut, für wen wir den Kopf noch hinhalten wollen. ■

Thomas Rüdiger
GdP – Kreisgruppe Kassel

TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE 2015 ZUM TV-H

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 18.12.2014 beschloss die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst zum TV-L ihre Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde für das Jahr 2015.

Diese Forderungen wurden nach Vereinbarung der DGB-Gewerkschaften auch für das Land Hessen (TV-H) erhoben. Ein entsprechendes Forderungsschreiben der GdP Hessen ging bereits unserem hessischen Innenminister Peter Beuth zu.

Unsere Forderungen im Einzelnen:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5%, mindestens aber 175 € monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 € monatlich
- Verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende und Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende auf 30 Tage
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger
- Jeder Eingriff in die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung (Zusatzversorgung VBL) wird abgelehnt
- Nach Abschluss der Entgeltrunde ist das Eingruppierungsrecht anforderungsgerecht weiter zu entwickeln

Zu den Tarifgesprächen haben wir Gewerkschaften bereits mehrere Termine mit der Arbeitgeberseite vereinbart. Diese Gespräche werden am 06., 10. und 23.03.2015 stattfinden. Für die Spitzen- und mögliche Abschlussrunde wurde der 14./15.04.2015 festgelegt.

Wieder und auch weiterhin ist die GdP die einzige Polizeigewerkschaft, die am Verhandlungstisch sitzt. ■

Heinz Schiskowsky

HINWEISE DER GDP ZUR FAMILIENPFLEGEZEIT

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zum 01. Januar 2015 ist mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf eine günstigere rechtliche und finanzielle Absicherung für Beschäftigte erreicht worden.

Im Internet sind unter „Wege zur Pflege" eine ganze Reihe von Informationen zu diesem Thema eingestellt worden.

Verantwortlich dafür ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hier wurden unter der Rubrik „Themen" häufige Fragen und Antworten eingestellt, unter Adressen + Links unterschiedliche Beratungsstellen/Bürgertelefone sowie das Pflegetelefon des Bundesfamilienministeriums

(030 – 20179131 Montag bis Donnerstag zwischen 09.00 und 18.00 Uhr) genannt und unter NEU seit 1.1.2015 die neuen gesetzlichen Regelungen beschrieben.

Ferner werden den Beschäftigten zu den Rahmenbedingungen zu allen drei Säulen des Gesetzes (Rechtsanspruch und Kündigungsschutz, Erweiterte Gruppe der nahen Angehörigen, den Ankündigungsfristen zum Pflegezeitgesetz und zum Familienpflegezeitgesetz) erklärende Informationen nahe gebracht.

Ebenso hat man Zugriff auf den „Familienpflegezeit-Rechner". Der Familienpflegezeit-Rechner ist eine Berechnungshilfe, um Beschäftigten eine erste, auf ihre persönliche Lebens- und Einkommenssituation abgestimmte, Orientierung zu geben.

Was ist der Sinn/Hintergrund eines Familienpflegezeit-Rechners?

Nach den verbesserten gesetzlichen Regelungen gibt es wie bisher für den Akutfall bis zu 10 Tage Arbeitsfreistellung, ohne Vorankündigung, künftig jedoch mit einem Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld (etwa 90% des Nettoarbeitsentgelts).

Hier sollte man den Arbeitgeber aber unverzüglich über die Abwesenheit informieren und möglichst zeitnah Kontakt mit der Krankenkasse aufnehmen.

Für diese bis zu 10 Tagen Freistellung im Akutfall stellt der Arbeitgeber die Gehaltszahlung ein und man erhält stattdessen über die Kranken-/Pflegekasse des zu pflegenden nahen Angehörigen eine sogenannte Lohnersatzleistung (Pflegeunterstützungsgeld).

Das Pflegeunterstützungsgeld gibt Familien so die Möglichkeit, sich im akuten Notfall um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern und eine bedarfsgerechte Pflege organisieren zu können und finanzielle Sicherheit.

Bei absehbaren Pflegefällen sollte man sich rechtzeitig mit der jeweiligen Kranken-/Pflegekasse in Verbindung setzen, denn es gibt auch längerfristige Betreuungs- und Freistellungsmöglichkeiten.

Versicherte können eine umfassende Beratung durch die Pflegeberaterinnen und –berater ihrer Kranken-/Pflegekasse erhalten.

Diese können so das vorhandene Leistungsangebot vorstellen und unterstützend tätig werden. ■

Heinz Schiskowsky

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG KG DARMSTADT

INFORMATION AN DIE MITGLIEDER DER KREISGRUPPE DARMSTADT

Die Kreisgruppe Darmstadt hat auf der Jahreshauptversammlung neben aktuellen gewerkschaft- lichen Themen u.a. die Neuwahl des 1. Vorsitzenden auf der Tagesordnung gehabt, da der lang- jährige Vorsitzende Reinhard Wittke sein Amt abgegeben hat.

Neuer Vorsitzender ist von Z21 (Kommunikationstechnik) der Kollege Christian Richter. Der GdP bleibt Reinhard Wittke natürlich auch im Ruhestand aktiv erhalten.

Außerdem wurde Maria Spörl von der EDC-SG20 als stellvertretende Kassiererin gewählt. ■

**Der Vorstand der KG Darmstadt bei der JHV in Eppertshausen.
v.l.n.r.: Reinhard Wittke, Andreas Hotz, Simone Fischer, Maria Spörl, Klaus Strack, Christian Richter, Maibritt Edler, Maike Krämer, Tobias Perkovic, Dieter Radestock
(nicht auf dem Bild: Stefan Styra, Günter Blitz, Petra Lienert, Charly Braun und Reinhard Wufka)**

Antonio Pedron dankte Reinhard Wittke für seine engagierte, liebevolle und loyale Arbeit über mehrere Jahrzehnte lang für die Mitglieder der GdP. Im gleichen Atemzug gratulierte er Christian Richter zur Wahl und wünschte ihm eine glückliche Hand für die größte südhessische Kreisgruppe. Auf eine gute Zusammenarbeit mit vielen frischen Inspirationen freut sich auch der Bezirksgruppenvorstand.

HILFESCHREIE AUS DEM WECHSELDIENST DER POLIZEI

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI BERGSTRASSE WÄHLTE NEUEN VORSTAND

„Aus der gesamten Fläche des Polizeipräsidiums Südhessen ereilten uns von den Kolleginnen und Kollegen „Hilfeschreie", die sich über die zunehmende Belastung vor allem im Wechselschichtdienst beschwerten". Mit diesen Worten brachte Michael Majewski, Vorsitzender der Kreisgruppe Bergstraße der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Ausdruck, dass man bei den Polizeistationen von „Druck auf dem Kessel" sprechen könne. Teilweise seien in zehn Tagen bis zu 100 Überstunden angefallen. Die Erkrankungszahlen seien gestiegen. Die Behördenleitung zeige sich etwas verschnupft, spreche von einem „Sturm im Wasserglas". An der Tatsache, dass sich die Arbeitsbelastung verschärfe, ändere dies aber nichts. Wertschätzung erfahre die Polizei immer nur, wenn die Zahlen stimmten, wenn man sich mit guter Aufklärungsquote und „sicherstes Präsidium in Hessen" schmücken könne. „Man muss sich schon an den Kopf greifen und versteht selbst die Welt nicht mehr", kritisierte Michael Majewski bei der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bergstraße der GdP im Lorscher Back- und Brauhaus. Ähnliche Worte wie Majewski fand auch der stellvertretende Landesvorsitzende Lothar Hölzgen bei der Ehrung langjähriger Mitglieder. Gerd Gillen wurde für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt, ebenso Norbert Weinbach. In 50 Jahren hätten beide, so Hölzgen, Kampf, Leistungen, Irrungen und Wirrungen erlebt, und dennoch ihrer Gewerkschaft die Treue

Einen neuen Vorstand hat die Kreisgruppe Bergstraße der Gewerkschaft der Polizei gewählt, v.l., Ingrid Domsel, Dietmar Rodenheber, Uschi Hess, Friedrich Rindfleisch, Vorsitzender Michael Majewski, Jörg Gaulrapp, Michael Schweikert, Norbert Weinbach. NW

gehalten. „Ich bin nur Mitglied" gebe es nicht bei der GdP. Die Gewerkschaft dürfte sich nicht als „die Guten" bezeichnen, wenn sie keine aktiven Mitglieder hätte. Michael Majewski überreichte den Geehrten eine Urkunde, eine goldene Ehrennadel und einen Gutschein. Für Norbert Weinbach gab es noch ein Weinpräsent als Anerkennung für das ihm verliehene Bundesverdienstkreuz

am Bande. „Ich habe noch nie erlebt, dass man so viele Ehrenämter ausüben kann wie Norbert Weinbach", lobte er. Deutlich werde das Problem mit einer Verringerung der Polizeibeschäftigten auch durch die 147,5 Stellenstreichungen der Landesregierung im Tarifbereich, so Hölzgen. Das bringe eine zusätzliche Belastung für die Vollzugspolizei mit sich. Politiker seien blauäugig und auch eigennützig. Sie hätten eine eigene Beihilferichtlinie, wollten den Beamt/innen aber die Beihilfe um rund 20 Millionen Euro kürzen. Das komme einer Gehaltskürzung gleich. Vergessen werde von den Politikern, dass der Polizeiberuf eine gefahrengeneigte Tätigkeit sei. Die Kürzung sei ein Schlag ins Gesicht. Die Polizei dürfe nicht mit Berufen wie Verwaltungsbeamten und Lehrern gleichgesetzt werden. Es könne nicht sein, dass sich ein Polizeibeschäftigter dafür rechtfertigen müsse, dass er in seiner begrenzten Freizeit nicht für einen außerordentlichen Einsatz zur Verfügung stehe, da er sich etwas vorgenommen habe. „Die Summe von allen Schweinereien macht uns böse", stellte Lothar Hölzgen fest. Die GdP habe deshalb hessenweit für den 15. Dezember zu einer Demonstration in Wiesbaden aufgerufen.

VORSTANDSWAHL

Bei der Versammlung wurde auch wieder ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde wieder Michael Majewski. Seine Vertreter sind Uschi Hess, Dietmar (Didi) Rodenheber und Michael Schweikert, der auch stellvertretender Schriftführer wurde. Schriftführer und Vertreter der Ordnungspolizei ist Jörg Gaulrapp, neue Kassiererin wurde Ingrid

Diana Gürel ist die neue Beisitzerin der Frauengruppe der Bergsträßer GdP. D. Rodenheber

Domsel, die Stellvertretung hat jetzt Sigrid Schlicksupp übernommen. Neue Beisitzerin für Frauen ist Diana Gürel. Die seitherige Amtsinhaberin Gisela Reiff hat nicht mehr kandidiert und wurde mit einem Weinpräsent verabschiedet. Das Amt des Beisitzers Senioren hat Norbert Weinbach übernommen und für den Bereich Tarif wurde Friedrich Rindfleisch gewählt. Hermann Schneider und Hartmut Würz übernahmen das Amt der Kassenprüfer. In seinem Jahresbericht erwähnte Michael Majewski die Präsenz der GdP beim Hessentag in Bensheim, eine Weinlagenwanderung, die Teilnahme von zwei Bergsträßer Rennteams am GdP-Kart-Cup und das Grillfest der Senioren im Vogelpark Heppenheim. Beim Hessentag sei man im DGB-Zelt beim „Tag der Polizei" von den Nordhessen unterstützt worden. Man habe viele Luftballons „geknippelt". Vorstandssitzungen wurden durchgeführt und Informationen für die Mitglieder weitergegeben. Die versammelten Mitglieder legten eine Schweigeminute ein für die verstorbenen Eberhard Pickel, Helmut Lehne, Wilfried Seibel, Rainer Schreiber und den heimtückisch erschossenen Kollegen Willi Piros. Positiv ausgefallen war der Kassenbericht von Ingrid Domsel. Die Prüfer Fritz Butscher und Wolfhard Kielmann bescheinigten ihr eine einwandfreie Kassenführung. Der Vorstand wurde daraufhin einstimmig entlastet. Mike Majewski bedankte sich bei allen Mitgliedern für die geleistete Arbeit zum Wohle der

Mit einem Weinpräsent wurde Gisela Reiff, bisher Beisitzerin der Frauengruppe, von Mike Majewski aus dem Vorstand verabschiedet. NW

Beschäftigten, insbesondere bei Uschi Hess und Didi Rodenheber, die die Weinlagenwanderung organisiert hätten, und forderte sie auf, sich an der Demonstration in Wiesbaden zu beteiligen. ■

NW

STELLUNGNAHME

DER DEUTSCHEN FEUERWEHR-GEWERKSCHAFT (DFEUG) ZUR DBB KUNDGEBUNG AM 3.2.15

„Die DfeuG Landesgruppe Hessen wollte bei der dbb - Kundgebung am 3.2.15 auf dem Dernschen Gelände gerne gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften gegen die Sparpläne der Landesregierung demonstrieren. Frühzeitig hatten wir daher Kontakt zum dbb aufgenommen und unsere Teilnahme angeboten.

Dies wäre auch unter dem Deckmantel des dbb möglich gewesen, nicht jedoch als DfeuG. Wir hätten die „Warnwesten" des dbb tragen können, uns jedoch nicht als DfeuG Landesgruppe Hessen und somit als starke Fraktion im Bereich der Feuerwehren präsentieren dürfen. Da dies nicht unsere Auffassung vom „ziehen an einem Strang" darstellt und darüber hinaus die DfeuG auch kein Mitglied im dbb ist, haben wir uns als Vorstand im Sinne unserer Mitglieder gegen eine Teilnahme entschieden.

Gerne werden wir wie beim letzten Mal im Dezember 2014, mit einem starken und Verlässlichen Partner wie der GdP, gemeinsam und für die Sache demonstrieren.

„Zu unserer Aktion hat sich der dbb schön rausgehalten und hat ganz offen eine Teilnahme an unserer Aktion in Wiesbaden am 15.12.2014 abgelehnt."

Zitat von Peter Wittig, Vorstandsmitglied der GdP Hessen.

Wir bedauern es sehr, dass hier offenbar nicht der Gemeinschaftsgedanke im Vordergrund steht, so wie wir ihn leben. Ausdrücklich widersprechen wir den heute aufgekommenen Gerüchten „Die DfeuG wollte nicht". Dass diese Verhaltensweise des dbb nichts Neues ist erkennt man auch an dem Verhalten im Dezember gegenüber der GdP." Quelle: https://dfeug.de/index.php/hessen/news/1306-stellungnahme-zur-dbb-kundgebung-am-3-2-15.html

FEUERWEHR STÄRKT ODENWÄLDER POLIZEI DEN RÜCKEN!

-UND DIE POLITIK TRITT AUF DIE (SCHULDEN)-BREMSE-

Die Gruppe „Rückenschule" der Odenwälder Polizei wurde vor etwa acht Jahren auf Initiative der GdP-KG gegründet und fand schnell sehr guten Zuspruch. Der damalige Vorsitzende Herbert Herzog nutzte seine Kontakte und engagierte als Trainer Herrn Christian Künnemann. Dieser ist als Profi-Personaltrainer tätig und Inhaber der in Frankfurt/M ansässigen Fa. PTG GmbH.

Nach Beendigung des von der Kreisgruppe gesponserten Grundkurses setzten eine Handvoll Kolleginnen und Kollegen das Trainingsprogramm auf eigene Kosten fort. Man hatte schnell erkannt, dass Gesundheitsvorsorge besser als Nachsorge ist. Zunächst konnte das Training weiterhin im Sitzungsraum der Pst. Höchst stattfinden, sodass keine zusätzlichen Unkosten entstanden.

Jungendwehr/Polizeisportgruppe bei der Spendenübergabe. Im Vordergund: Thomas Walther (li.) Jugendleiter Timo Weiß (re.)

Nach einigen Jahren kam es zu einem Trainerwechsel, da Herr Künnemann zunehmend in seiner Firma eingespannt war. Er empfahl uns als neue Trainerin Frau Michaela Amend. Diese arbeitet in einem Fitnessstudio und deckt ein breites Spektrum im Bereich Gesundheitsvorsorge/Rücktraining ab.

Letztlich musste die Sportgruppe im Jahre 2014 die Räumlichkeit bei der Pst. Höchst aber aufgeben, da der Dienstbetrieb bei der kleinen Dienststelle beeinträchtigt wurde. Kurz vor dem Scheitern des Sport-Projektes sprangen Gemeinde und Feuerwehr Höchst ein und boten den Sitzungssaal im Feuerwehrhaus als Übungsraum an. Hierfür bedanken wir uns ausdrücklich bei Bürgermeister (ex-PHK) Horst Bitsch und dem Gemeindebrandinspektor Ulli Bausch.

Sportgruppe im Gründungsjahr

Die Politik lehnt sich derweilen bei der Gesundheitsvorsorge entspannt zurück und drückt auf die Schuldenbremse. Zwar hat man das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) aus dem Boden gestampft, dieses aber nicht mit den erforderlichen Geldmitteln hinterlegt. Vorsorge ja, aber es darf nichts kosten. Das ist wie Waschen ohne Wasser. Die Beschäftigten werden es schon selber richten. Tun sie auch, aber sie wehren sich inzwischen, wie man bei der Demo-Aktion in Wiesbaden am 15.12.14 sehen konnte. Und sie werden sich noch heftiger wehren, wenn den **„Arbeitsunlustbescheinigungen"** erste **Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen** folgen werden.

Nicht unerwähnt sollte hier bleiben, dass der BGM-Beauftragte des PPSH Südhessen, Thomas Schneiderheinze, seit 2013 jeweils kleinen Betrag zur Deckung der Kosten beisteuern konnte.

Zur Info: Das Jahresbudget des PP Südhessen beträgt 3000,- € bei rund 1900 Mitarbeiter. Da geht was!

Im Rahmen einer Spendenübergabe bedankte sich nun die Sportgruppe Rückenschule bei Gemeinde und Feuerwehr Höchst für die Unterstützung durch Bereitstellung des Ausbildungsraumes im Feuerwehrhaus. Nur durch diese guten Beziehungen ist des den Polizeisportlern weiterhin möglich, ihr wöchentliches Training durchzuführen..

Am Freitag den 16.1.15 übergab Thomas Walther nun die Spende an die Verantwortlichen der Jungendfeuerwehr Höchst, vertreten durch Frank Schnellbacher und Timo Weiß. Die Kinder erhielten zudem als Maskottchen einen Polizeiteddy und eine süße Überraschung. ■

Thomas Walther
Kreisgruppenvorsitzender

ZIELE GEMEINSAM ERREICHEN

KLAUSURTAGUNG JUNGE GRUPPE BUND

Unter diesem Motto fand am Anfang des Jahres die erste diesjährige Sitzung des geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes in der Landessportschule Brandenburg-Lindow, vor den Türen Berlins, statt.

Inhaltlich beschäftigte sich das Gremium mit der Nachbereitung des Bundeskongress, welcher im November 2014 stattfand.

Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend und die Ausgestaltung der Junge Gruppe-Seminare 2014/2015 standen auf der Tagesordnung.

Auch die Weiterführung der Arbeitsgruppe des erfolgreichen Junge Gruppe Projekts „Auch Mensch" wurde erörtert und bereits für das 1. HJ 2015 beschlossen.

Das traditionelle Steckenpferd der Jungen Gruppe – die Planung und Durchführung von Veranstaltungen – nahm einen Großteil der Sitzungszeit in Anspruch. Für das Jahr 2015 war die inhaltliche wie auch planerische Gestaltung der Zentralen Arbeitstagung (ZAT) der JUNGEN GRUPPE vom 13.-15. April in Berlin, der deutsch/evangelische Kirchentag vom 04.-06. Juni 2015 in Stuttgart und der fast zeitgleich zum Kirchentag stattfindende G7/G8 Gipfel in Bayern, Thema. Für dieses Gipfeltreffen sieht sich die Junge Gruppe im Rahmen der Einsatzbetreuung als wichtigen Unterstützer der bayrischen

Abendliche Debatte des JUNGE GRUPPE BUND-Vorstandes mit dem Bundestagsabgeordneten Frank Tempel (DIE LINKE)

GdP-Kolleginnen und Kollegen, bei einer der größten Einsatzlagen der deutschen Polizeigeschichte.

Perspektivisch wurde für 2017 die Planung eines Treffens der Jugendorganisationen der Polizeigewerkschaften auf europäischer Ebene ins Auge gefasst. Die Planungen hierzu werden in einer noch zu konstituierenden AG Europa stattfinden.

Am Abend des 2. Sitzungstages gab es im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung eine Diskussionsrunde mit Frank Tempel (Die Linke) – Mitglied im Deutschen Bundestag. Thema war die aktuell wieder aufkommende Legalisierungsdiskussion von Betäubungsmitteln. Frank Tempel, der vor dem Einzug in den Bundestag selbst Polizeibeamter war und in seiner Fraktion Fachmann und Antreiber dieser Diskussion ist, bat die GdP-Jugendorganisation um eine inhaltliche Debatte. Der Vorstand der JUNGEN GRUPPE Bund um Bundesjugendleiter Torsten Rohde und dem Bundesjugendvorsitzenden Kevin Komolka initiierte diese Diskussion im Rahmen der Klausur des geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes, um für das in der 2. Jahreshälfte geplante Symposium zum selbigen Thema, organisiert und durchgeführt durch die GdP Mutterorganisation, inhaltlich und argumentativ vorzubereiten und als JUNGE GRUPPE entsprechend mitwirken zu können.

Die JUNGE GRUPPPE ist in und zu vielen unterschiedlichen Themenbereichen aktiv und bemüht, die Interessen von euch - den jungen Kolleginnen und Kollegen - gut zu vertreten. Ihr alle seid hierbei eingeladen an den von der JUNGEN GRUPPE BUND (GdP) organisierten Seminaren teilzunehmen und damit tolle Bildungsangebote zu tagesaktuellen Themen, welche uns alle betreffen und interessieren sollten, zu befassen.

Für all diejenigen unter euch, die sich angesprochen fühlen, an der Meinungsbildung und gewerkschaftlichen Arbeit aktiv mitzuwirken und sich selbst einzumischen und somit Einblicke zu gewinnen, die euch sonst verwehrt bleiben, bietet sich die genannte Zentrale Arbeitstagung (ZAT) im April in Berlin an. Diese steht unter dem Motto: „Die Polizei der Zukunft – Tendenzen, Herausforderungen und Perspektiven". „Ziele gemeinsam erreichen" – bedeutet hierbei bundesländerübergreifendes Zusammenwirken von jungen gesellschaftspolitisch interessierten und engagierten Menschen, die gemeinsam stark sind. Trau dich und mach doch auch mit, getreu dem Slogan der Jungen Gruppe

„Misch dich ein!". ■

Christoph Möhring
Mitglied geschäftsführender
Bundesjugendvorstand

WER AN DER INNEREN SICHERHEIT SPART, PROVOZIERT GEWALT UND KONTROLLVERLUST

LESERBRIEF EINES PENSIONÄRS

Sehr geehrter Herr Innenminister Beuth,

mit Interesse verfolgten wir am 17. Dezember 2014 Ihre Rede im Hessischen Landtag und konnten es kaum glauben, einen Innenminister erleben zu müssen, der die geplanten Kürzungen der Beamtengehälter und von Planstellen, einschließlich der Beihilfe für Polizeibeamte demagogisch und sehr emotional verteidigte.

Der Innenminister eines Bundeslandes, als oberster Dienstherr der Polizeiorgane seines Landes, sollte aus Respekt und Wertschätzung für geleistete und zukünftige Arbeit seiner Beamten, in der Öffentlichkeit keine derartigen Reden halten. Unter Fürsorgepflicht verstehen wir etwas anderes.

Bleiben wir in unserem Hessenland. RAF, FVV, APO, Startbahn West und viele Großeinsätze, alles schon vergessen? Bei uns damaligen Aktiven ganz bestimmt nicht. Unsere heutigen Polizeibeamten haben es mindestens genauso schwer.
Die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft ist besorgniserregend.
Wer an der inneren Sicherheit spart, provoziert Unsicherheit und mehr!

Viele junge Bürger konnten in einem Hessen aufwachsen, ohne permanente Bedrohung durch RAF-, FVV- und APO Aktivitäten.

Noch immer erinnern sich die älteren Kollegen an langwierige Großeinsätze, wie z. B. die Startbahn West. Wir haben, unserem Eid entsprechend, unser persönliches Wohlergehen hinten angestellt, als Beamte auf verfassungsgemäß garantierte Bürgerrechte verzichtet und treu gedient. Mit Fug und Recht dürfen wir behaupten, unseren Teil der Vereinbarung gehalten zu haben.

Blicken wir heute auf die Gewaltbereitschaft der organsierten Verbrechens, bleibt für die gegenwärtigen, aktiven Kolleginnen und Kollegen festzustellen, in einem der gefährlichsten Berufe Deutschlands tätig zu sein.

Polizisten werden verletzt, kommen im Dienst zu Tode. Manche fielen heimtückischen Mordanschlägen zum Opfer. Während Politiker mit dem Schluss ihrer Grabrede offenbar keine weiteren Gedanken an die getöteten Beamten verschwenden, vergessen wir unsere Opfer nie.

Wo bleibt die Fürsorgepflicht gegenüber den Hinterbliebenen, den Versehrten und vorzeitig aus dem Dienst ausgeschiedenen Polizisten. Viele „Nullrunden“ haben wir bereits akzeptieren müssen, während andere Berufsgruppen wenigstens einen Inflationsausgleich erstreiten durften.

Mit der Kürzung der Pensionsanprücne treffen Sie all jene, die keine weiteren Chancen mehr haben, etwas für ihre private Altersversorgung zu arrangieren, mit der Kürzung der Beihilfe solche, die sich nicht mehr wehren können und sich auf die Worttreue und Loyalität ihrer Dienstherrn verließen.

Zu jeder Zeit gab und gibt es politische Strömungen, die eine Abschaffung des Beamtentums forderten. Des Applauses dieser Gruppe dürfen Sie sich nun gewiss sein.

Die Polizei, als Exekutive des demokratischen Rechtsstaates, muss sich den zeitgemäßen Anforderungen stellen, soll sie auch zukünftig erfolgreich die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger garantieren. Unser Rechtssystem, mit den Polizisten in erster Reihe, wird sich noch vielen Zerreißproben stellen müssen. Verkaufen Sie nicht die Sicherheit der Bürger und die Einsatzstärke der Polizeibeamten für Mitteleinsparungen im Landeshaushalt.

Ein „Freund und Helfer“ kann nur sein, der mit Freude und aus Überzeugung die übertragenen hoheitlichen Aufgaben erfüllen will !!

Bitte überdenken Sie Ihre Position und stärken Sie Ihren Beamten den Rücken. Übernehmen Sie Verantwortung als Innenminister für das Land Hessen und dessen Polizeibeamte. Sorgen Sie dafür, dass getroffene Vereinbarungen weiterhin Bestand haben und die Weichen für einen auch zukünftig attraktiven Polizeidienst gestellt werden. ■

Hochachtungsvoll
Dem Beruf verbundene Pensionäre

SENIORENGRUPPE
Gewerkschaft der Polizei

RECHTSKRÄFTIG GESCHIEDEN – ALLES VORBEI?

DIE FOLGEN EINES VERSORGUNGSAUSGLEICHS FÜR DIE PENSION

Oftmals denken Kolleginnen und Kollegen, denen das Schicksal der Trennung und Scheidung nicht erspart geblieben ist, dass mit der rechtskräftigen Scheidung alles erledigt sei. In vielen Fällen wird aber auch über die Jahre verdrängt, was das Familiengericht eigentlich im Wortlaut entschieden hat. Und um die Verwirrung komplett zu machen, hat der Gesetzgeber die Rechtslage mehrfach geändert und damit auch nicht unbedingt zur Klarheit bei-getragen.

Mit der letzten Reform des Scheidungsrechts wurde 2009 das „Versorgungsausgleichsgesetz“ verabschiedet.

Mit diesem Gesetz wurde festgelegt, dass alle während der Dauer der Ehe erworbenen Versorgungsansprüche – also Pension und Rente – zu je gleichen Teilen geteilt werden. Das Berechnungsverfahren ist relativ kompliziert und mit wenigen Worten nicht zu erklären. Man kann aber immer folgendes feststellen:

Ist die Ehe von langer Dauer gewesen und hat der oder die Partnerin nur eingeschränkt gearbeitet und damit nur geringe Rentenansprüche erworben, wird es teuer.

Die Pension wird – bei einem während der Ehe erworbenen vollen Pensionsanspruch – genau in der Mitte geteilt. Umgekehrt wird der Renten- bzw. Pensionsanspruch des Partners ausgerechnet und zugesprochen. Es wird also ein echter Ausgleich vorgenommen.

Viele wissen nicht, dass der Versorgungsausgleich sofort mit der Pensionierung eintritt – auch wenn der Partner oder die ehemalige Partner /in noch jahrelang arbeitet. Und den Versorgungsausgleich bekommt bis zu dessen Verrentung nicht etwa der geschiedene Partner, sondern der Staat vereinnahmt den Betrag als Solidarleistung in die Rentenversicherung.

In vielen Fällen reicht aber der eigene Verdienst des geschiedenen Partners nicht aus, um einen angemessenen Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Deshalb gibt es die Möglichkeit , eine Kürzung des Versorgungsausgleichs bei der Pensionsregelungsbehörde des Landes Hessen zu beantragen.

Aber auch hier gilt, dass man rechtzeitig rechtsanwaltliche Beratung in Anspruch nehmen sollte.
Kürzt das Familiengericht den Versorgungsausgleich um den gesetzlichen Unterhalt, erhöht sich das steuerpflichtige Bruttoeinkommen des vom Versorgungsausgleich Betroffenen.

Weil Unterhalt grundsätzlich steuerfrei ist, kann man nur im Rahmen einer gütlichen Einigung die anfallende Steuerlast teilen oder ausschließen.

Mit dem Versorgungsausgleich haben plötzlich Beamte ein Recht auf Rente. Damit muss man sich auseinandersetzen, denn beispielsweise wird Rente ausschließlich auf Antrag gezahlt.

Hinzu kommt, wenn der Rentenanspruch nicht gering ist, dass ein Beitrag des Rententrägers zur Krankenversicherung geleistet wird, den man gegebenenfalls ablehnen muss, um den vollen Beihilfeanspruch zu behalten.

Auch das sind komplexe Themen, zu denen eine Beratung oft dringend und zwingend erforderlich ist.

Und was hier noch festzustellen ist: Viele Berechnungen der Pensionsregelungsbehörde sind nicht frei von Fehlern. Oftmals hat hier eine Klage zum Erfolg geführt.

Es sind also viele Teilaspekte, die für Geschiedene beim Versorgungsausgleich zu beachten sind. Immer wieder schreibt ein Rechtsanwalt aus Bremen, Bernd Stege, dazu interessante Artikel . Hier sind die Links zu zwei wesentlichen Artikeln:

http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/BA986482BE9E3430C1257ABE003099CD/$file/DP_2012_12.pdf (Seite 33)

http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/968016FE2EB5C45EC1257CD900302A26/$file/DP_2014_06.pdf (Seite 39)

Rechtsanwalt Stege wurde auch schon mehrfach von Hessischen Kollegen konsultiert, die von seiner Beratung zufrieden berichteten. ■

Volker Zeidler
Landesseniorenvorstand

MIT RÄUCHERLACHS UND HEILBUTT

NORBERT FERDINAND HATTE DIE POLIZEIPENSIONÄRE EINGELADEN

Auch wenn Wilfried Seibel, der Präsident der Bergsträßer Polizeipensionäre im vergangenen Jahr gestorben ist, geht gehen die Aktivitäten der Rentner und Pensionäre doch weiter. Zu den regelmäßigen Veranstaltungen gehört an jedem ersten Donnerstag eins Monats das Kegeln auf der Bahn im „Saalbau" in Heppenheim. Dabei gibt es oft einen kleinen Imbiss. Im Februar hatte Norbert Ferdinand zum „Lachs-Essen" eingeladen. Das hat Tradition bei den früheren Polizeibeschäftigten. Begonnen hatte Norbert Ferdinand, heute 74 Jahre alt, dieses Essen anlässlich seines Geburtstags Ende Januar. Als er Mitglied wurde bei den alten Herren hatte ihn Wilfried Seibel eins Tages gefragt ob er dieses Essen nicht auch bei einem Kegelnachmittag anbieten wolle. Gesagt, getan und so wurde es zur Tradition. Norbert Ferdinand, auch bekannt als aktiver Angler, der beim jährlichen „Fischerfest" im Heppenheimer Vogelpark auch immer die Zanderfilets besorgt, hatte jetzt geräucherten Lachs geliefert, kalt geräucherten Heilbutt und Salzgurken. Gerd Kriegisch hatte aus dem Odenwald kerniges Bauernbrot dazu gesteuert und Hans Hofmann die Butter. Abgerundet wurde alles durch scharfen Sahnemeerrettich, den Uschi Hess zubereitet hatte. Sie hatte auch Geschirr, Besteck und bunte Servietten mitgebracht. Auch wenn sich alle Teilnehmer den Imbiss schmecken ließen, darunter auch Christine Seibel, die Witwe von Wilfried, hatten sie das Kegeln dennoch nicht vergessen.

Beim Lachsessen am Büfett, v.l., Herbert Vettel, Ferdi Woißyk, Christine Seibel, Hans Hofmann, Norbert Ferdinand. NW

TERMINE DER SENIOREN 2015

Uschi Hess, eine der Verantwortlichen für die Organisation der Polizeisenioren, hatte auch die Termine für dieses Jahr festgelegt. Am 16. Juli ist das traditionelle Fischessen im Vogelpark in Heppenheim geplant. Beginn ist ab 12 Uhr. Am 14. Oktober ist das im vergangenen Jahr ausgefallene „Herbsttreffen" ab 11 Uhr im „Gasthof Jäger" in Heppenheim-Erbach. Am 13. November wird um 14.30 Uhr auf der Kegelbahn im Saalbau von Heppenheim das „Walter-heil-Gedächtnis-Turnier" veranstaltet. Am 3. Dezember findet an gleicher Stelle das Nikolauskegeln statt. Zum Fischessen und zum „Herbsttreffen" sind alle Senioren mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Im März/April ist noch eine Stadtführung in Heppenheim geplant. Herbert Vettel von der Stadtpolizei wird die Führung übernehmen. Da in diesem Jahr die Pensionärsvereinigung ihr 40jähriges Jubiläum begeht, steht noch ein Ausflug im Herbst an. Nähere Informationen dazu gibt es aber noch nicht. ■

NW

FÜR JEDEN PUDDEL 10 CENT

NIKOLAUSKEGELN MIT SCHWEINEMETT UND KOCHKÄSE MIT MUSIK

Auch wenn die Polizeipensionäre und Rentner/innen des Kreises Bergstraße um den einstigen Präsidenten Wilfried Seibel und Mitglied Helmut Lehner trauerten, so ließen sie sich dennoch nicht entmutigen, ihre Aktivitäten fortzusetzen. Die Geschäfte für die Pensionäre führen künftig Uschi Hess und Ferdi Woißyk. Beide sind seit langer Zeit mit den ehemaligen Polizeibeschäftigten verbunden. Uschi Hess hat die notwendigen Unterlagen von Seibels Ehefrau erhalten.

Zu den Aktivitäten gehörte jetzt auch das alljährliche Nikolauskegeln, erkenntlich an den rot-weißen Weihnachtsmann/frau-Mützen. Zwölf ältere Herren und vier Damen beteiligten an diesem besonderen Kegelnachmittag. Es war die letzte Veranstaltung des Jahres auf der Kegelbahn des Gasthauses Saalbau, wo auch das monatliche Kegeln ausgetragen wird. Hartmut Würz betätigte sich als Tafelschreiber und gab vor, welche Spiele mit den Lochkugeln ausgetragen wurden. Dazu gehörten „Fünf Wurf in die Vollen" und die gleiche Zahl zum Abräumen. Gespielt wurden auch die „kleine und die große „Haus-

Kennzeichen des Nikolauskegelns der Bergsträßer Polizeipensionäre war die rot-weiße Weihnachtsmann-Mütze. NW

lo Lutzi war eine von den vier Frauen, die sich am Nikolauskegeln beteiligte. NW

nummer", der „Lattenzaun", Mensch ärgere Dich nicht", „König x 10" und einige andere mehr.

Zu gewinnen gab es nichts. Wer aber einen „Puddel" gespielt hatte (Kugel an die Bande), der musste 10 Cent bezahlen. Auch jedes verlorene Spiel kostete den gleichen Preis. Uschi Hess zeigte sich verantwortlich für die Buchführung und notierte sämtliche Einnahmen.

Weil es die letzte Veranstaltung des Jahres war, wurde die auch gebührend begangen. Ewald Folz hatte einen „Berg" voll Schweinemett zubereitet, gut gewürzt. Dazu gab es kleingewürfelte Zwiebeln. Zwiebeln gehörten auch zum „Kochkäs mit Musik" für den Ferdi Woißyk gesorgt hatte. Uschi Hess hatte beim Schmankerl-Laden „Divino" in Lorsch dünn geschnittenen Tiroler Schinken besorgt. Das würzige Bauernbrot fehlte ebenso wenig wie ein kühles Bier. So verging ein gemütlicher Nachmittag, mit Sport und Genuss. Wer Interesse hat, sich den Bergsträßer Pensionären/Rentner/innen anzuschließen, kann sich mit Uschi Hess in Verbindung setzen, Telefon 06252-3527. Eine Mitgliedschaft in der GdP ist nicht unbedingt notwendig, wird aber gerne gesehen. ■

NW

Vorstand, Redaktion und Verlagsleitung wünschen allen Mitgliedern, Lesern und Inserenten ein schönes Osterfest.

Seminare

Fahrsicherheitstraining Motorrad

Exklusiv für GdP-Mitglieder

Samstag, 06. Juni 2015 in Hünstetten-Limbach, Fahr- und Sicherheitszentrum der Hessischen Polizei
Samstag, 13. Juni 2015 in Bad Arolsen-Mengeringhausen, Hagenstr. 23, Industriepark

Das Training ist für GdP-Mitglieder kostenlos.

Interessiert? Weitere Infos über das Seminar findet ihr auf der Homepage, www.gdp.de/hessen, Leistungen, Seminare/Bildung oder persönlich bei Frau Ruth Brunner, Landesgeschäftsstelle,
Tel. 0611/ 99 22 7-30, E-Mail: ruth.brunner@gdp.de

TARIFBESCHÄFTIGTE DER STADT-/ORDNUNGSPOLIZEI

Derzeit laufen in allen Bereichen in Hessen Klageverfahren wegen möglicher Eingruppierungen in die Entgeltgruppe 9 TvÖD nach dem das BAG mit Urteil vom 21.03.2012 (AZ: 4 AZR 266/10), dem Außendienstmitarbeitern des Bezirklichen Ordnungsdienstes Hamburg auf Eingruppierung in die Entgeltgruppe stattgegeben hat.

Hier steht sinngemäß geschrieben, dass der Beschäftigte die Aufgabe hat, im Streifendienst in der Innenstadt von Hamburg alle auftretenden Ordnungswidrigkeiten und Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung festzustellen und gleichzeitig auch über die Ahndung dieser Verstöße selbst entscheidet.

Hierzu äußert sich auch der Kommunale Arbeitgeberverband und behauptet, dass die Aufgaben der Ordnungspolizisten in Hessen sich in wesentlichen Punkten vom Innenstadtstreifendienst unterscheiden.

Ich frage mich allen ernstes, was bitte soll uns hier unterscheiden, im Gegenteil, haben wir doch in unseren Bestellungen stehen, „im Rahmen Ihrer Aufgabenstellung haben sie die Aufgaben und Befugnisse von Polizeivollzugsbeamten".

Wir haben also wesentlich mehr Aufgaben und Befugnisse, wie Sie von Hamburg ausgesprochen sind. Des Weiteren haben wir im Gegensatz zu Hamburg auch zusätzliche Ausrüstung mit Waffen (TKS, Pfefferspray, Frankfurt trägt zudem Schusswaffen).

Hier in Hessen werden mit der Landespolizei gemeinsame Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt, es finden gemeinsame Kontrollen im Bereich des fließenden Verkehrs (z.B. Blitzmarathon), oder Sonderkontrollen von Zweirädern im Aartal, des Schwerverkehrs und Gefahrgutkontrollen, sowie allgemeine Verkehrskontrollen statt.

In Limburg z.B. gibt es eine gemeinsame Citystreife, besetzt jeweils von einem kommunalen Kollegen und einem Kollegen der PST. Limburg. Hier werden gemeinsam auch Straftaten verfolgt, sowie, wenn notwendig, Festnahmen durchgeführt.

Ebenso gibt es Sonderkontrollen, die durch die Stadt/ und Ordnungspolizeibeamtinnen und Beamten in Eigenregie durchgeführt werden, z.B.: Ladungssicherungskontrollen der Stadtpolizei Wiesbaden, Sonderkontrollen in Rotlichtbezirken, Gewerbeprüfer der Stadtpolizei Frankfurt und und und. Ich könnte diese Liste beliebig fortsetzten, sie würde kein Ende finden.

Wir sind verlässliche Partner der Landespolizei und arbeiten Hand in Hand. Dies wird auch bei vielen Kolleginnen und Kollegen der Stationen und Präsidien anerkannt, gelebt und dies ist auch von den Bürgermeistern als Dienstherren so gewollt.

Ich habe das Gefühl, dass der Kommunale Arbeitgeberverband die Augen vor der Wahrheit verschließt nach dem Motto, „Augen zu und durch", doch dies, liebe Kolleginnen und Kollegen können und wollen wir nicht zulassen. Mit Unterstützung der GdP setze ich alles daran, für dieses Ziel zu kämpfen.

Vielleicht sollten wir ja auch mal wieder nach dem Zitat von Peter Wittig „ Wir müssen mal wieder böse werden" hier unsere Stärke zeigen. Denn ich kann mir kaum vorstellen, dass die Gemeinden und Städte in Hessen auf die Einnahmen, welche durch uns erbracht werden, verzichten wollen und können.

Sind wir es doch, die in den Innenstädten und Gemeinden für die Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung unsere Frau und Mann stehen. Und in manchen Kommunen ist dies mittlerweile rund um die Uhr so.

Ein passendes Beispiel sind auch zwangsweise Räumungen oder Einweisungen nach dem HFEG oder anderweitige Zwangsmaßnahmen, die durch uns begleitet und durchgeführt werden.

Für die sehr gute Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen in Hessen fordere ich den Kommunalen Arbeitgeberverband, sowie auch den Städte- und Gemeindebund auf, die Scheuklappen endlich von den Augen zu nehmen und der Wahrheit in die Augen zu schauen.

Die Kommunen fordere ich auf, die Kolleginnen und Kollegen für Ihre Arbeit endlich entsprechend zu bezahlen.

Zum Schluss fordere ich auch endlich, die Kolleginnen und Kollegen im Bereich des Digitalfunks an die Polizei anzuschließen. Es dürfte ja im Zeitalter des Digitalfunks heute möglich sein, eine Gruppe zu schalten, die dann mit den jeweiligen Stationen in Verbindung treten kann. Die Hardware muss die Kommune eh bezahlen. Also lasst uns auch für unsere Ziele kämpfen. ■

Ralf Heil

ZUR POLIZEIÄRZTLICHEN UNTERSUCHUNG BEI EINSCHRÄNKUNGEN

ENTBINDUNG DER UMFÄNGLICHEN ÄRZTLICHEN SCHWEIGEPFLICHT NICHT ZULASSEN!

Solltet ihr zum PÄD, dann wird seitens der Verwaltung im Vorfeld die Entbindung der ärztlichen Schweigepflicht vom Hausarzt bzw. eurer behandelnden Ärzte eingefordert. Hier lauert die Gefahr, dass man zu viel von sich preisgibt. Ich kann davon dringend abraten!

Ich empfehle hier die Verwaltung nach der genauen Fragestellung zu fragen und über einen selbst diese ungefiltert an den Hausarzt weiter zu geben. Die Kommunikation zwischen dem eigenem Arzt und der Verwaltung sollte man nicht aus der Hand geben. Damit vermeidet ihr Zufallsfunde die ggf. für erhebliche Aufregung sorgen. Hier ein Fallbeispiel: Die Fragestellung war, kann der Mitarbeiter Ballast heben? Im Ergebnis kam raus, dass eine Psychotherapie, sowie eine Physiotherapie und eine Gewichtsreduktion angeordnet wurden mit einer monatlichen Nachweispflicht! In diesem Fall wurde die ärztliche Schweigepflicht vollumfänglich erteilt. Einige Ärzte wissen teilweise selbst nicht, was arbeitsmedizinisch erforderlich ist und melden vorsorglich mehr als weniger. Ob man wegen einer Eheberatung bei einem Psychologen war oder die Prostata erkrankt war, das geht wirklich niemanden an, wenn es mit der Einschränkung nichts zu tun hat. Hier der Grundsatz: Alles was nicht ursächlich für die Einschränkung ist, geht niemanden etwas an! ■

Für Rückfragen stehe ich euch gerne zur Verfügung.

Euer Antonio Pedron

GEDANKEN ZUM ANSTEHENDEN ABSCHIED DES HERRN DÖLGER IM JAHR 2015

Zweifellos wirft der anstehende Ruhestand des derzeitigen Polizeipräsidenten in Südhessen seinen Schatten voraus. Allerdings nicht im negativen Sinne. Es geht ein Mann der in der letzten Dekade seine im nachgeordneten Beamten gerne mal mit Füßen trat.

So zum Beispiel bei Willkommensveranstaltungen neuer Kollegen, die von der Schule oder aus der Bereitschaftspolizeiabteilung nach Südhessen wechselten. Für sie hatte Herr Dölger immer wieder auch die passenden Worte um einzelne Beamte in Verlegenheit zu bringen. Zum Beispiel als ein Beamter nach 3 Jahren in der Bereitschaftspolizei nach Südhessen wechselte. „So lange dort verweilt? Na dann können sie ja jetzt lernen was es heißt zu arbeiten!"(...)

Ein weiteres Beispiel: Einige Kollegen bekommen nach mehreren Jahren Dienst in Südhessen endlich die lang ersehnte Lebenszeiturkunde übergeben. Der Schritt ist für jeden Beamten etwas Besonderes, denn nun kann das Land nicht mehr einfach so sagen, du bist im Dienst so stark verletzt worden, dass wir dich entlassen müssen. Statt ihnen also nur zu gratulieren und die Urkunde zu überreichen schafft es Herr Dölger tatsächlich noch einige latent gehässige Worte zum Gewicht eines Kollegen in die Runde zu werfen. Wahrlich nicht schön.

(...) Auch sein Umgang mit dem Datenschutz war dann und wann auch fragwürdig. So wurden bei Personalentscheidungen auch mal ganze Gruppen von Kollegen angeschrieben. Das Problem bei der Sache ist nur, dass dieses Schreiben wenn dann überhaupt nur an jeden persönlich hätte gesendet werden dürfen. Oder würden sie wollen, dass andere von ihren persönlichen oder finanziellen Problemen erfahren nur durch das Lesen einer Adressatenliste? Wo ist unser Datenschützer?

Ein weiteres Beispiel wie er sich selbst der Wunderlichkeit anheim gab: Ein Posten ist zu besetzen, er hat die Entscheidungsgewalt und kann einfach jemanden benennen. Aber nein, transparent soll die Entscheidung sein, also her mit einer Ausschreibung für alle Interessenten und dem Auswahlgespräch. Klingt ja ganz gut. Aber was passiert? Jemand der ihm doch nicht so passt entscheidet das Auswahlgespräch für sich. Nun will Herr Dölger doch seine Entscheidungsgewalt ausüben und jemanden nehmen, der zwar immer noch geeignet ist, aber halt nicht der Beste war und wundert sich über Gegenwind (...).

Vielleicht sollte er sich an der einen oder anderen Stelle heraushalten und seinen Führungskräften vertrauen. Was mich am meisten bestürzt ist die Tatsache, dass er über zehn Jahre von den hervorragenden Leistungen der Ermittlungsgruppen, der Kommissariate und den uniformierten Beamten sein Ansehen kontinuierlich steigerte. (...)

Zu guter letzt Herr Dölger ein ganz großes DANKESCHÖN für NICHTS! ■

PHM Fritz

Die unter dem Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

RUFMORDKAMPAGNE GEGEN ANTONIO PEDRON DURCH EINE ANDERE GEWERKSCHAFT

EURE REAKTIONEN

Zum wiederholten Mal konnte man unwahre und schädigende Zeilen in Internet über meine Person lesen. Der Bezirksgruppenvorstand hat mir am 29.01.2015 das Vertrauen ausgesprochen und beschlossen alle Mitglieder im aktiven Polizeidienst in Südhessen anzuschreiben. Auch Nicht- oder anders organisierte erhielten davon Kenntnis.

Aufgrund der aktuellen Verfahren werde ich hier nicht näher eingehen. Interessant war es jedoch zu erfahren, dass unser Herr Polizeipräsident wieder verärgert reagiert hat. Die GdP ist nun Mal anders als **D**ölgers favorisierte **Pol**izei **G**ewerkschaft und macht nicht das, was er will.

Ich möchte mich auf diesem Wege vielmehr über euren Zuspruch herzlich bedanken! Es war sehr aufbauend für mich viele Anrufe, E-Mails oder Zurufe zum Beispiel in der Kantine bekommen zu haben.

Antonio Pedron

AUSZUG EURER RÜCKMELDUNGEN:

Lass Dir die Gemeinheiten ....nicht an die Nieren gehen.....Ein Spruch dazu:

„You can´t keep a good man down!"

Hallo Antonio,

ich habe Deinen Brief aufmerksam gelesen und kann nur mit dem Kopf schütteln, wenn von einer „Erhaltung des Betriebsfriedens" geschrieben wird.

...und schon gar nicht, dass Du diesen gefährden könntest....

Wer so nah an der Basis ist und sich regelmäßig um die, inzwischen massiven, Probleme unserer Mitarbeiter kümmert, der weiß, dass von einem Betriebsfrieden lange nicht mehr gesprochen werden kann.

....Gerade die letzten, sehr fraglichen, Personalentscheidungen zeigen doch, dass unsere Kollegen und Führungskräfte an der Basis, wie Leiharbeiter verschoben, bestellt und wieder zurückgeschickt werden....

Ich erwarte von unserem Personalrat, dass dieser genau hier gewaltig dazwischenfunkt, und genau das hast du getan!

Ich kann nur sagen:

Antonio mach weiter so!

Wir können alle froh sein, dass sich jemand um die ganzen Probleme in unserer „Firma" kümmert.

Gruß aus ....